

Haushaltsrede der FDP 2019

Sehr geehrter Herr Ob Pütsch, Sehr geehrter Herr Bürgermeister Pfirrmann, Liebe Kolleginnen u. Kollegen, meine Damen und Herren

Wir leben in einer außergewöhnlichen Zeit in sehr guten Lebensbedingungen. Die Kommune zahlt auf neu aufzunehmende Kredite 0,6 - 0,9 % Zinsen bei einer Inflationsrate von ca. 2%. Die Einnahmen aus der Gewebesteuer liegen mindestens bei 55 Mill. Euro und können sogar bis deutlich über 60 Mill. Euro betragen, Liquidität ist ausreichend vorhanden (135 Mill). Für lange aufgeschobene Investitionen in die städtische Infrastruktur ist momentan finanzieller Spielraum vorhanden. So können Innenstadtsanierung, Bauhofneubau, Hochwasserschutz, Kitaerweiterung bzw. Neubau von Altenheimen, Strassen, Feuerwehrausstattung, Schulen und das gewünschte Kombibad jetzt umgesetzt werden.

Die südöstliche Erweiterung des Daimler Firmengeländes wurde nach harten Verhandlungen mit der oberen Naturschutzbehörde beschlossen. Sie sichert den Standort mit mehr als 10.000 Arbeitsplätzen. Weitere Firmen wie Ehrmann und EDKA wurden angesiedelt und werden in Zukunft weitere Millionen an Gewerbesteuer in den kommunalen Haushalt einbringen. Die Steuerquellen sprudeln, ja sogar die Grundsteuer ist auf ca. 9 Millionen gestiegen. Die Erhöhung des Hebesatzes haben wir als einzige Partei abgelehnt und halten sie weiterhin mit Blick auf die Gesamtsteuereinnahmen und die Mietpreisentwicklung für entbehrlich. Sie belastet besonders die sozial schwachen Mieter mit steigenden Nebenkosten. Die anstehende Neuberechnung des Einheitswertes gibt uns vielleicht die Gelegenheit hier Korrekturen vorzunehmen.

Die Einwohnerzahl wächst mit fast 3% jährlich weshalb weiterer Wohnraum geschaffen werden muß. Durch Hochwasserschutz und Landschafts- bzw. Naturschutz ist eine großzügige Erschließung, im Umfang wie in Oetigheim, Steinmauern, Iffezheim, Muggensturm und Kuppenheim eingeschränkt. Rastatt bleibt die politisch gewünschte Innenstadtnachverdichtung mit ihren städtebaulichen Gestaltungszwängen. Wir haben stets die rasche Erschließung weiterer Baugebiete an der südlichen Ortseinfahrt und im Westen der Stadt gefordert. Durch ein höheres Baulandangebot in Rastatt würde auch die immense Preissteigerung auf dem privaten Sektor im Innenstadtbereich und die Immobilien Spekulation gedämpft. Hier freuen wir uns über die CDU, die jetzt die Erstellung von Geschosswohnungsbau auf Städtischem Bauland ablehnt. Denn wir haben ein soziales Strukturproblem und sollten nicht noch für umliegende Kommunen sozialen Brennpunktwohnraum schaffen. Den Vorwurf der sozialen Kälte können wir durch einen Bevölkerungsanteil von 40% Transferleistungsempfängern entkräftet.

Wir wollen keine Beeinflussung des Immobilienmarktes durch eine geförderte städtische Wohnbaugesellschaft (das können private Investoren besser). Es zeigt sich, dass es möglich ist, günstigen Geschosswohnungsbau offenbar mit Rendite privat zu realisieren. Das geht aber nur unter Verzicht auf Balkone, Aufzüge, Tiefgaragen, Dachbegrünung, beheizte Fahrradabstellräume und energetische Ausstattung ohne Effizienz. Wir bekennen uns zu Klimaschutzmaßnahmen, fordern aber eine tragbare Kosten-Nutzen-Analyse.

Der Mietspiegel sollte Auswüchse auf dem durch Zuzug und Geburtensteigerung angespannten Wohnungsmarkt verhindern. Er kostete den Bürger bei der Einführung über 35000 Euro, ist in seinen Sonderregelungen zu unbestimmt und kompliziert, unsere Skepsis bei der Einführung hat sich leider bestätigt. Wir können nicht erkennen, dass er Wohnraum geschaffen hat.

Die Aufgaben der Verwaltung sind auch durch Versäumnisse in den zurückliegenden Jahren gewachsen. Allerdings hatten wir vor 10 Jahren einen gefährlichen Zusammenbruch der Finanzmärkte, der die Freude an Investitionen dämpfte. Damals wurde durch einen externen Berater Einsparungen im Personalbereich gefordert. Heute ist die Verwaltung in der glücklichen Lage 39 neue Stellen fordern zu können. Allein 7 Stellen davon werden unterstützend im IT Bereich benötigt. Hier sind wir überzeugt, dass durch regelmäßige berufliche Weiterbildung und Anpassung des Anforderungsprofils bei der Stellenausschreibung dieser Bedarf bald gemindert werden kann. Eine Onlinejournalistin für die Pressestelle halten wir für entbehrlich. Die leitende Mitarbeiterin kann hier zeigen, dass sie modern und flexibel ist. Das Arbeitsvolumen wird durch neue Aufgaben wie z.B. (Klimaschutzmanager,

wissenschaftlicher Mitarbeiter Museen) oder durch die momentan erhöhten Aktivitäten auf dem Bausektor steigen. Hier sofort mit festen Einstellungen zu reagieren kann sich in Zukunft als schwere Hypothek für den Verwaltungshaushalt erweisen. Der GR wird stets bei Neueinstellungen über die Einstufung in die Besoldungsgruppe informiert, die Kosten für die Alterssicherungen, die wir auf Anforderung auch kurzfristig vollständig auszahlen müssen können nicht genau bestimmt werden. Die Unsicherheiten gesamtwirtschaftlicher Entwicklung und die starke Abhängigkeit der Stadt von Daimler verlangen Zurückhaltung bei Neueinstellungen, der Vertragsgestaltung bzw. Fortschreibung ja sogar soweit möglich bei der Regelbeförderung. Steigende Personalkosten sind die Folge und wurden bis 2015 bedingt durch die allgemeine Lohnkostenentwicklung, ab 2016 steigen die Personalkosten (in den nächsten 3 Jahren um ca. 15%) deutlich über die durch tarifliche Abschlüsse und Inflationsausgleich begründeten Erwartungen. Das bedeutet , dass wir schon seit Jahren Stellenausweitung betreiben. Wir kommen jetzt aber in eine Zeit unsicherer wirtschaftlicher Entwicklung, die besonders auch die Autoindustrie betrifft, deshalb fordern wir bei den gewünschten neuen Stellen strenge Begründungen der Fachbereichsleitung. Belastungsspitzen könnten auch über Arbeitszeitkonten mit Freizeitausgleich und bezahlten Überstunden aufgefangen werden. Das Risiko mit bewährten Mitarbeitern einen Investitionsstau langsamer abzubauen erscheint uns geringer als die Suche nach neuen Mitarbeiter/innen auf dem überhitzten Arbeitsmarkt mit dem Risiko eventueller Fehlbesetzungen.

Organigramme wären sehr aufschlußreich und könnten auch Mitarbeiter aus den Riedgemeinden besser einbinden. Es fehlt weiter das öffentliche, übersichtliche Verwaltungsorganigramm - für den Gemeinderat eine Möglichkeit, die ständigen Schaffung neuer Stellen ohne definiertes Anforderungsprofil (wissenschaftlicher Mitarbeiter, Klimaexperte) abzuwägen. Eine weitere, aufwendigere Möglichkeit wäre die Beratung durch z.B. Price W. Cooper, die bei dem Eigenbetrieb Stadtwerke hohe Einsparungen gebracht hat.

Statt langer ermüdender Selbstdarstellung der Stellenbewerber wäre uns der begründende Vortrag und die Darstellung der Verwaltung mit Umschreibung des zusätzlichen Arbeitsvolumens wichtiger.

Teure Neubauten, Bauhof, Hans Thoma Schule, Kombibad und Feuerwehrgerätehäuser werden in Zukunft höhere Abschreibungen in den Haushalt stellen lassen, das verfügbare Investitionsvolumen wird so vermindert. Deshalb sollten wir bei den anstehenden Investitionen unnötiges vermeiden. Ich nenne hier beispielhaft die ehemals geplante Gesamtunterkellerung der H. Thoma Schule für die Installation einer Klimazentrale.

Der Neubau wurde durch die für eine Aufstockung nicht ausreichende Statik erforderlich, ein besseres Verständnis für den Abbruch könnte in der Öffentlichkeit zukünftig durch Einsicht in ein sicherlich vorhandenes Statik-Gutachten erreicht werden (wie es in Steinmauern für die Schule eingeholt wurde). Es lohnt sich die Bürger mitzunehmen (wie Herr Köllner bereits äußerte) Bei einem Bauprojekt von bereits 14 Millionen Kosten in der Planungsphase ist die Erstellung einer Statik des Altbaus für die Gesamtkosten eher unwesentlich.

Die Innenstadtgestaltung sollte Rastatt für Touristen und Kunden der Not leidenden Einzelhändler attraktiv machen. Die Obere Kaiserstrasse und die vollendete Schiffstrasse stehen für diese Bemühungen. Die wartungs- und unterhaltsaufwendigen Springbrunnen (hoffentlich mit klimawirksamem Sprüheffekt) des zweiten Bauabschnittes sind dem Charakter einer Barockstadt entsprechend.

Bei der Vergabe der Bauleistungen wünschen wir uns aber in Zukunft eine verbindliche Gesamtleistungsausschreibung. Wir wissen wie ungern momentan voll ausgelastete Baufirmen zur Abgabe von terminlich befristeten Geboten bereit sind und freuen uns deshalb, dass es möglich war den Zeitrahmen trotz Lieferschwierigkeiten und Personalknappheit bisher einzuhalten. Eine starke Schädigung des Einzelhandels in diesem Bereich ist so ausgeblieben. Die Überschreitung des Kostenrahmens haben wir um weitere Verzögerungen zu vermeiden deshalb zerknirscht mitgetragen.

Nach 10 Jahren ist das Vorhaben Kombibad im April mit Änderungsantrag der FUR beschlossen worden. Die Kosten für die Renovierung beider Bäder waren auf ca. 17 - 20 Millionen geschätzt, die

Ratsentscheidung für einen Neubau wurde durch die Kostenschätzung des Deutschen Bäderwesens (H. Dipl. Ing. Pelzer) (24 Millionen aber ohne Planungskosten) begünstigt. Die Bausubstanz beider Bäder ist teilweise marode. Die Unterhaltskosten steigen kontinuierlich und die Wasserfläche im Hallenbereich ist für Vereine, Schulen und Freizeitsportler nicht mehr ausreichend.

Einem Neubau haben wir deshalb unter der Prämisse der kostengünstigeren Erhaltung von vorhandenen Beckenbereichen zugestimmt. Dabei sind wir davon ausgegangen, dass die Verwaltung eine Vorstellung vom Budget (24 Mill +) hat. Denn das Budget beschränkt wie bei Privatpersonen / Steuerzahlern die Fülle der Möglichkeiten. Die Machbarkeit ist endlich und sollte nicht bei 40 Millionen plus 30% enden. Vielleicht hilft der Verwaltung eine Beschränkung des Kostenrahmens durch den Gemeinderat.

Damit werden dann sicher die Entscheidungen leichter (und die Attraktionen des Spassbereiches übersichtlicher).

Vorsorglich verweisen wir die Bürger auf das Stegermattbad in Offenburg (38 Millionen, die wir überschreiten könnten), dort bestätigten die steigenden Besucherzahlen die Akzeptanz und die Badegäste tolerieren sogar die angepassten Eintrittsgelder.

Eine nochmalige Bürgerbeteiligung nach Vorplanung und Erstellung des Kostenrahmens lehnen wir - wie die Freien Wähler bereits öffentlich äußerten - unter Berücksichtigung der Infrastrukturkosten und der Ausstattung nicht ab. Bei geplanten Neubauten sollten Einfachheit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit die Kriterien der Planung sein.

Manche Investitionen bleiben dem Bürger zunächst verborgen unter der Erde. Leider werden diese notwendigen umfangreichen Ausbaumaßnahmen zur Entwässerung bei extremem Starkregen spürbar. Es wurden Rückhaltebecken und Zisternen gebaut, die Querschnittsvergrößerung der Kanäle wäre noch teurer und mit noch größeren Verkehrsbehinderungen verbunden gewesen. Alle diese Maßnahmen werden über die Abwassergebühren an die Verursacher weitergegeben. Ein Anstieg der Abwassergebühren - besonders der für Oberflächenwasser - ist nicht vermeidbar. Dass diese allerdings um ca. 30% gegenüber 2018 ansteigen sollten beunruhigt uns. Vor allem wegen der auftretenden sehr starken jährlichen Schwankungen. Denn auch diese Gebühr wird vollständig auf die Mietnebenkosten umgelegt.

Die gewünschte Ansiedlung und Erweiterung von Industrieunternehmen zieht zwangsläufig auch Logistikunternehmen an. Die sequenzierte just in time Anlieferung bedingt ein hohes Aufkommen an Schwerverkehr. 13.000 Arbeitsplätze verursachen einen hohen PKW Verkehr besonders zu Zeiten des Schichtwechsels. Insbesondere das Münchfeld aber auch die Riedgemeinden und der nördliche Ortseingang haben unter immer höherer Lärm- und Schadstoffbelastung zu leiden. Ein

Mobilitätskonzept wurde jetzt von Daimler erstellt. Leider hat die Verkehrsplanung der Stadt in den letzten 10 Jahren mit der Produktionssteigerung im Werk nicht Schritt gehalten. Jetzt kommen noch EDKA und Ehrmann verkehrssteigernd hinzu, hoffentlich werden ihre LKW Lieferungen über die A5 abwickelt. Ein Schwachpunkt bleibt aber der Baisert Kreisel. Hier sollte die Verwaltung nach Möglichkeit beim RP auf eine schnellere Realisierung der A5 Anschlussstelle mit langer Parallelspur für LKW drängen.

Wir könnten zusammen mit der CDU, den Freien Wählern und der FUR eine Begradigung der südlichen Tunneleinfahrt und die Verlängerung der Münchfeldtangente befürworten. Leider verwehrt der Umweltschutz die notwendige Brückenüberführung parallel zum Industriegleis des kleinen Naturschutzgebietes. Hier verlagert sich die Verkehrsbelastung weiter an die umzugestaltende Kreuzung Oberwaldstrasse -L75- Badener Str. Zudem wird eines der letzten erschließbaren Baugebiete auf Merzeau damit zukünftig stärker verkehrsbelastet. Wir sehen hier eine Überbewertung des Naturschutzes zu Lasten der dortigen Anwohner. Verständnis für die beliebige Umwidmung von Landschaftsschutz in Naturschutz und Natura 2000 Gebiet nur zur Ruhigstellung des Naturschutzes haben wir nicht, uns fehlen hier die eindeutig definierenden Fakten für die naturschutzrechtliche Einstufung.

Wir mahnen angesichts der Klimaveränderung eine Optimierung des Grünflächenmanagements (250000 € Fremdvergabe) der Stadt Rastatt an. Dies bezieht sich auf die Parkpflegekonzepte (hohes Ausasten) die zwingende Verknüpfung und Planung von Baumquartieren bei jeder städtischen Baumaßnahme, z.B. Alleebäume im Ötigheimerweg, Innenstadtbegrünung am Werderplatz und attraktive Baumquartiere in der Kapellenstrasse.

Nur so ist der zunehmenden Verödung und Verschlechterung der Klimasituation (z.B. durch Schotterung von Vorgärten, Industrieneubauten und Parkhäuser, gestiegenem KFZ Verkehr) entgegenzuwirken. Auch beim ordnungsgemäßen Nachpflanzen kann die Stadt noch besser werden. Klimaveränderung geht alle an - viele kleine Schritte wirken stabilisierend. Die Frage : Was tut der Staat und die Gemeinde dagegen ist berechtigt, zunächst ist von jedermann die Frage was tue ich dagegen zu beantworten.

So sollte das Errichten einer 400m langen und 28m hohen Barriere im Zustrombereich der Murgtalkaltluft für das Innenstadtklima beachtet werden. Ca. 170 Arbeitsplätze und ca. 1,7 Millionen Gewerbesteuer sind nicht allein überzeugen .

Die Sozialstruktur von Rastatt läßt inzwischen die größte Partei über Möglichkeiten der Beeinflussung nachdenken. Wir haben einen sehr hohen Anteil an Transferleistungsempfängern, die z.B auch um den knappen günstigen Wohnraum mit den anerkannten, wohngeldberechtigten Asylbewerbern konkurrieren. Aus dieser Fehlentwicklung folgt die geringe Kaufkraft, die wiederum eine starke Fluktuation im Einzelhandel begünstigt. Die Ursachen für diese Entwicklung liegen mehr als 20 Jahre zurück. Bauland wurde nur wenig erschlossen, die Preise waren höher als im Umland und die Bebauungspläne hatten wenig Spielraum für individuelle Wünsche. Die Folgen sehen wir in den umliegenden selbstverwalteten Gemeinden. Oetigheim, Steinmauern, Kuppenheim, Iffezheim haben es besser gemacht. Hier und in in den Gemeinden Bietigheim und Durmersheim haben sich die bisher gering geschätzten Besserverdiener individualisierte Immobilien zugelegt. Herr Reck-Kehl kann bei der morgendlichen Anreise über Durmersheim, Bietigheim u. Oetigheim diese Entwicklung durch den Blick aus dem Fenster seines Stadtbahnwagens verfolgen.

Wir freuen uns, dass die CDU jetzt handelt und der Geschosswohnungsbau auf stadteigenem Bauland keine Mehrheit mehr findet. Die innerstädtische Nachverdichtung - ein Dogma besonders der Naturschützer - vermindert zusätzlich den Spielraum von Verwaltung und Bauherrn und treibt die Bodenpreise immer höher. Rastatt hat sehr wenig unbelastetes, erschließbares Bauland. Deshalb sollte der südliche Ortseingang (Merzeau) auf keinen Fall als Parkfläche für Berufspendler reserviert werden. Deshalb ist es auch vernünftig, die Flächen im Bittler für die Wohnbebauung bereitzustellen. So läßt sich die Sozialstruktur langsam und nachhaltig verändern.

Es sollte in einer demokratischen Gesellschaft für jeden Interessenten möglich sein angemessen Bauland zu erwerben. Unüberwindliche soziale Vorfilter, wie sie z.B. auch für die Vergabe der Bauplätze z.B. in der Eschenstrasse verfasst wurden verändern die Einkommensstruktur in der Stadt nicht. Diese Bewerberanforderungen müssen überprüft und gegebenenfalls mit den Vergaberichtlinien der prosperierenden Umlandgemeinden verglichen und gegebenenfalls angepasst werden.

Zur notwendigen Belebung der Innenstadt.

Der innerstädtische Einzelhandel steht unter hohem Konkurrenzdruck. Niedrige Kaufkraft, ethnische Kaufgewohnheiten, bequemer Stadtbahnanschluß nach Karlsruhe, Roppenheimer Outlet, Online Handel, Baden-Badener Flair und die Anbieter im Industriegebiet mit bequemem, gebührenfreien Parkraum sind für die Leerstände und Geschäftsaufgaben mit verantwortlich. Jetzt ist es höchste Zeit, dass die Maßnahmen des Stadtmarketing, des Citymanagements und die Umbaumaßnahmen der Innenstadt wirken. Es hilft nicht den Parkraum zu reduzieren und Kurzzeitparkgebühren zu erheben. 30 Minuten Kurzzeitparken und zwei Stunden gebührenfreie Parkzeit in der Badener Halle - das wäre die notwendige Willkommenskultur für die Besucher. Gegenwärtig wird die schwach beleuchtete TG Badener Halle nicht angenommen. Dabei könnte durch die Reaktivierung der Gastronomie, bei schon vorhandener üppiger Ausstattung und Herrichten der Murgterrasse mit etwas Fantasie und Kreativität das Shoppen in der Innenstadt zum angenehmen Erlebnis werden. Frau Gerbeth und Ihre Mitarbeiter/innen sind doch sicher gern kreativ bereit hier ein Konzept zu

erstellen. Bisher wurden viele Vorschläge aus der Bürgerschaft, dem Einzelhandel und den Ratsgremien von der Verwaltung unverständlichlicherweise übergangen.

Inzwischen ist diese Trägheit und Larmoyanz eine ernsthafte Bedrohung für die Entwicklung der Innenstadt geworden. Experimente mit den Existenzgrundlagen des Einzelhandels und der Dienstleister lehnen wir ab. (Änderung der Verkehrsanbindung an der Langzeitbaustelle Obere Kaiserstrasse, Schiffstrasse als Fußgängerzone)

Viel anderes verhindert die Belebung der Innenstadt. Ein aktuelles Beispiel dafür.

Die Touristikinformation soll in die Räume des ehemaligen Imperial in der Herrenstrasse. Diese Räume im Eigentum der Staatlichen Schlösser und Gärten steht nun seit einem Jahr leer. Die SSG argumentiert, es würden keine Firmen den Umbau übernehmen. Nach nunmehr einem Jahr mit Brettern in den Fenstern, verlangt die die SSG von der Stadt die Planung. Wie kann man ohne Planung denn Handwerker beauftragen? Warum soll die Stadt neben der schon finanzierten aufwendigen Schlossbeleuchtung Planung im fremden Eigentum mit dem ausgelasteten Personalbestand im Hochbau übernehmen? Die gegenseitige Schuldzuweisung führt hier zur Verzögerung der Nutzbarmachung. Es wird Zeit diesen behäbigen Institutionen und der SSG mehr und schnellere Kooperation abzuverlangen. Läßt die tägliche Vermüllung im Schlosspark, für deren Entfernung die Stadt offensichtlich einsteht vielleicht Schlüsse auf die Funktionsfähigkeit der SSG zu? Warum sollen wir mit dem immer wieder beklagten Personalmangel solche Fremdaufgaben dauerhaft übernehmen?

Beteiligung des Vermieters an Umbauten ist wegen des Überangebotes an gewerblichen Flächen in Rastatt durchaus verhandelbar das sollten auch die SSG wissen.

Ein Miteinander zu Lasten der Stadt Rastatt halten wir deshalb für langfristig nicht hinnehmbar. So einseitig ausgelegte Verträge sind korrigierbar.

Die Digitalisierung macht keine Einschränkung bei den demokratischen Gremien. Kostensenkung wird erreicht bei mehrheitlicher Nutzung und Vermeidung von Unterlagen in Papierform. Das gewählte System ist intuitiv die Software für die Ratsarbeit wird auch in anderen Gemeinden verwendet. Gerade wurden neue Rechner zusammen mit der neuen Mandatos II Ratssoftware ausgehändigt. Wir freuen uns jetzt auf die baldig zu erwartenden Einsparpotenziale, die sogenannte EDV Dividende, die wir in der Verwaltung leider vermissen.

Bei einem Gesamtvolumen von 135 Mill. € besteht die Möglichkeit durch Verzicht auf Gebührenerhöhung z.B. bei den Eigenbetrieben, Steuereinnahmen und Kita Kostenerhöhung den Bürgern mehr finanziellen Spielraum für die eigenverantwortliche Lebensgestaltung zu gewähren.

Diese Chance wird mit dem vorgelegten Haushaltsplan kaum wahrgenommen.

Statt dessen fordert die Verwaltung weitere Personalaufstockung. Dabei werden Aufgaben, die andere Kommunen intern übernehmen nach extern verlagert. Wir denken z.B an den internen Projektmanager für den Schwimmbadneubau. (Offenburg - Stegermattdbad)

Übrigens ein persönliche Erfahrung: konstruktive Kritik hat mir stets mehr genützt als heuchlerisches Lob. Für die akribische und gewissenhafte Arbeit an diesem gewaltigen Haushaltsentwurf bedanken wir uns bei den Mitarbeiter/innen der Verwaltung, wir wünschen uns, dass sie weiter unbeeinflussbar und unabhängig Ihre Arbeit verrichten.

Wir bedanken uns für das gewährte Rederecht vor diesem Gremium und stimmen dem vorgelegten Haushaltsplan nicht ohne Bedenken zu.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit